

Niederschrift

Gremium: Ausschuss für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung
Sitzungs-Nr.: 14 / Wahlperiode 2001/2006
Sitzung am: 27.08.2004
Ort: Kreishaus, Vincent-Lübeck-Str. 2, Raum 2/3
Beginn: 9.30 Uhr **Ende:** 10.25 Uhr

Behandelte Tagesordnungspunkte:	Seite:
1 Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit	3
2 Genehmigung der Niederschrift über die dreizehnte öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung am 22.06.2004	3
3 Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe - Hartz IV - a) Umsetzung SGB II; hier: Sachstandsbericht über die Wahrnehmung der zu erledigenden Aufgaben b) Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen c) Antrag der SPD-Kreistagsfraktion v. 26.08.2004 Sitzungsvorlage Nr. 241/2004 und 241a/2004	3
4 Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes hier: Kosteneinsparung bei dem Zuschuss an die TelefonSeelsorge Elbe-Weser Sitzungsvorlage Nr. 240/2004	4
5 Aktueller Monatsbericht Sozialstatistik des Landkreises Cuxhaven Sitzungsvorlage Nr. 239/2004	5
6 Mitteilungen und Anfragen	5
7 Einwohnerfragestunde	5

Anwesend waren:

Kreistagsabgeordnete Frau Faße, Langen, Vorsitzende
Kreistagsabgeordneter Berghorn, Langen
Kreistagsabgeordneter Guthahn, Osten
für die verhinderte Abg. Frau Böckenkamp, Otterndorf
Kreistagsabgeordnete Frau Krause-Behrens, Bokel
für den verhinderten Abg. Robbert, Cuxhaven
Kreistagsabgeordneter Martens, Neuhaus (Oste)
Kreistagsabgeordneter Peters, Langen
Kreistagsabgeordnete Frau Rischbieter, Cuxhaven
Kreistagsabgeordneter Schütt, Cuxhaven
Kreistagsabgeordnete Frau Spiess, Cuxhaven
Kreistagsabgeordneter Steinau, Nordholz

Grundmandatsinhaber:

Kreistagsabgeordnete Frau Tecker, Schiffdorf

Als hinzuberufene beratende Mitglieder:

Frau Tanja Dock, Norderteiler Weg 11, 21762 Otterndorf
Herr Peter Kuhlmann, Am Steinkamp 7, 27616 Beverstedt

Von der Verwaltung:

Kreisträtin Jahns
Frauenbeauftragte Frau Mahler
Kreisoberamtsrat Flickenschild
Kreisangestellter Krause
Kreisangestellter Minnermann
Kreisangestellter Otremba, zugleich als Protokollführer

Als Gäste:

Leiter der Agentur für Arbeit Stade, Herr Hempfling
Leiter der Agentur für Arbeit, Bremerhaven, Herr Wozniak
stv. Personalratsvorsitzender Maaß

Entschuldigt fehlten:

Kreistagsabgeordnete Frau Böckenkamp, Otterndorf
Kreistagsabgeordneter Demuth, Cuxhaven
Kreistagsabgeordneter Robbert, Cuxhaven
Kreistagsabgeordneter Dr. Jahn, Cuxhaven

Frau Anne Dieckmann, Sethlerhemmer Str. 34, 21745 Hemmoor
Frau Christel Hohmann, Stader Str. 77, 21762 Otterndorf
Frau Regina Urban, Am Orint 12, 27619 Schiffdorf

Punkt 1: Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnete die Sitzung um 9.30 Uhr, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsmäßige Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die dreizehnte öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung am 22.06.2004

Die Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die vorliegende Niederschrift.

Der Ausschuss für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung beschloss einstimmig:

Die Niederschrift über die dreizehnte öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung am 22.06.2004 wird genehmigt.

Punkt 3: Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe - Hartz IV -

- a) **Umsetzung SGB II;**
hier: **Sachstandsbericht über die Wahrnehmung der zu erledigenden Aufgaben**
- b) **Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen**
- c) **Antrag der SPD-Kreistagsfraktion v. 26.08.2004**
Sitzungsvorlage Nr. 241/2004 und 241a/2004

Die Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 3 der Tagesordnung und auf den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion v. 26.08.2004, welcher zu Beginn der Sitzung als Tischvorlage verteilt wurde.

In der Vergangenheit habe sich der Ausschuss für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung zweimal mit dem anstehenden Thema beschäftigt. Zu diesen Zeitpunkten sei jedoch die weitere Umsetzung des Ergebnisses des Vermittlungsausschusses unklar gewesen. Dieses habe sich nun geändert, welches ein Vorverlegen des Sitzungstermins notwendig gemacht habe, um ein Votum hinsichtlich des bis zum 15.09.2004 zu treffenden Optionsrechtes abzugeben. Es gehe nun um die konkrete Umsetzung und deren inhaltlichen Ausgestaltung, für die heute eine Weichenstellung vorgenommen werden solle. Nach ihrer Auffassung funktioniere die Umsetzung nur, wenn die Gemeinden, der Landkreis und die Bundesagentur für Arbeit, welche eine wesentliche Rolle dabei spiele, gemeinsam handeln.

KR'in Jahns berichtete, dass die Gemeinden, die Bundesagentur für Arbeit und der Landkreis in Vergangenheit wiederholt die Sachlage gemeinsam erörtert haben. Die jetzt anstehende Umsetzung müsse im Sinne der Antragsteller funktionieren, so dass die notwendigen Zahlungen zum 01.01.2005 geleistet werden können und derzeit bestehende Beratungs- und Qualifizierungsmaßnahmen nicht ausliefen. Darüber hinaus sei zu klären, wie sich der weitere Fortgang nach dem 01.01.2005 gestalten solle.

Abg. Frau Krause-Behrens sehe die Zielsetzung der Reform in der Zusammenführung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe, so dass zukünftig die erforderliche Hilfe aus einer Hand komme. Wichtig dabei sei, dass die beteiligten Kommunen kreativ seien und sich eine gute Zusammenarbeit zwischen den Beteiligten entwickle. Darüber hinaus sei es ihr wichtig, dass die eingeräumte Übergangszeit nicht voll ausgenutzt werde, sondern entsprechende Umsetzungen zügig vorgenommen werden.

Abg. Peters wolle zum jetzigen Zeitpunkt hinsichtlich der weiteren Umsetzung des SGB II keinen Blankoscheck ausstellen. Es solle zu der nächsten Sitzung durch die Verwaltung ein Konzept vorgelegt werden, über das dann ggf. beschlossen werden könne.

Abg. Frau Rischbieter teile den Punkt 2 des Antrages der SPD-Kreistagsfraktion nicht, da hier die Gemeinden außen vor stehen würden. Den Punkt 5 hingegen teile die CDU-Fraktion.

Die Vorsitzende stellte fest, dass eine Arbeitsgemeinschaft ohne Aufgabenübertragung für sie nicht in Frage käme.

Abg. Peters wolle solche Festlegungen erst nach Vorlage einer Konzeption durch die Verwaltung treffen, wenn absehbar sei, was der Landkreis Cuxhaven ggf. an Aufgaben und Zuständigkeiten abgebe.

Abg. Frau Krause-Behrens erkundigte sich nach dem Rücklauf der Anträge auf Arbeitslosengeld II und nach dem Stand der Verhandlungen zwischen der Bundesagentur für Arbeit und den Kommunen, insbesondere ob hier schwerwiegende Probleme bestünden.

KR'in Jahns antwortete, dass der Rücklauf sich nicht so darstelle, wie dieses wünschenswert wäre. Gleichzeitig appellierte sie an die Empfänger die ausgegebenen Antragsvordrucke zurückzureichen und sich durch das extra hierfür bereitgestellte Personal beraten lassen. Probleme zwischen der Bundesagentur für Arbeit und den Kommunen bestünden im Wesentlichen in der Regelung personeller und finanzieller Probleme, aber auch in der Sicherstellung jeweiliger Einflussmöglichkeiten.

Abg. Frau Spieß plädierte dafür, die Personen, die noch keinen Antrag abgegeben haben, darauf hinzuweisen, dass es ohne Antragstellung zum 01.01.2005 keine Leistungen geben werde.

KAng. Minnermann bestätigte, dass das Amt Finanzielle Hilfen an die Abgabe der Anträge mit dem Hinweis, dass ansonsten keine Leistungen ausgezahlt werden können, erinnern werde.

Nach weiterer Aussprache, an der sich die Vorsitzende sowie die Abg. Frau Krause-Behrens, Martens, Peters, Steinau, Frau Tecker und Herr Kuhlmann sowie KR'in Jahns, KOAR Flickenschild und KAng. Minnermann beteiligten, beschloss der Ausschuss für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung einstimmig:

Der Landkreis Cuxhaven nimmt die Möglichkeit einer Option kommunaler Trägerschaften nicht wahr (Punkt 1 des Antrages der SPD-Kreistagsfraktion vom 26.08.2004 – Sitzungsvorlage als Tischvorlage 241a/2004).

Eine getrennte Aufgabenwahrnehmung soll nur über einen eng begrenzten Zeitraum bestehen (Punkt 3).

Alle bereits bestehenden Beratungs- und Qualifizierungsmaßnahmen werden zunächst fortgeführt (Punkt 4).

Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Agenturen für Arbeit Stade und Bremerhaven unter Einbeziehung der Städte, Samtgemeinden und Gemeinden unverzüglich Verhandlungen fortzuführen mit dem Ziel, eine Konzeption für die weitere Zusammenarbeit im Landkreis Cuxhaven zu entwickeln, unter Bewertung der Arbeitsgemeinschaft im Sinne von § 44 SGB II und aller weiteren Möglichkeiten.

Die Konzeption soll auch Aussagen zu den in Punkt 5 genannten Themen treffen. Sie ist zu der nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung vorzulegen, welche Ende Oktober 2004 stattfinden soll.

**Punkt 4: Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes
hier: Kosteneinsparung bei dem Zuschuss an die Telefonseelsorge Elbe-Weser
Sitzungsvorlage Nr. 240/2004**

Die Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 4 der Tagesordnung. Sie bemerkte, dass es sich bei der Vorlage entsprechend der gewählten Formulierung nicht um den aktuellsten Stand handele.

Abg. Steinau hätte gerne einen Gesamtüberblick über die Finanzierung der Telefonseelsorge.

KR'in Jahns ergänzte, dass nicht damit zu rechnen sei, dass sich andere Kommunen zusätzlich oder mit einem erhöhten Beitrag beteiligen würden.

KAng. Krause teilte mit, dass die mit Abstand meisten Mitarbeiter/innen der Telefonseelsorge aus dem Bereich des Landkreises Cuxhaven stammen. Auch sei zu vermuten, dass der Großteil der Hilfesuchenden aus dem Landkreis Cuxhaven stamme.

Abg. Steinau vermutet, dass vor dem Hintergrund einer sich verschlechternden Gesamtsituation die Anzahl der Personen, die sich an die Telefonseelsorge wenden, noch weiter zunehmen werde.

Der Ausschuss für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung beschloss einstimmig:

Der Sachverhalt einer möglichen Kosteneinsparung bei dem Zuschuss an die TelefonSeelsorge Elbe-Weser ist zu der nächsten Sitzung ausführlicher darzulegen. Zu diesem Tagesordnungspunkt sollen auch Vertreter der Telefonseelsorge eingeladen werden.

**Punkt 5: Aktueller Monatsbericht Sozialstatistik des Landkreises Cuxhaven
Sitzungsvorlage Nr. 239/2004**

Die Vorsitzende verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 5 der Tagesordnung.

KAng. Minnermann berichtete, dass die Leistungen in den Bereichen Grundsicherung, Eingliederungshilfen und- durch Fortfall des Landeszuschusses- auch die Hilfen zur Pflege ansteigen werden. Dieses werde sich in dem Haushalt für das Jahr 2005 niederschlagen.

Abg. Berghorn bat um Auskunft, ob dieser Anstieg auch Auswirkungen für das Haushaltsjahr 2004 haben werde.

KAng. Minnermann vertrat die Auffassung, dass diese Steigerungen den Haushalt 2004 voraussichtlich noch nicht belasten werden.

Abg. Steinau erinnerte an die von ihm gewünschten Fallbeispiele, wie sich die Höhe der Sozialhilfe für verschiedene Personen mit unterschiedlichen Sozialindikatoren darstellten. Dabei gehe es nur um durchschnittliche Werte für einige „Grundfälle“.

KR'in Jahns sagte zu, dass ein entsprechendes Infoblatt dem Protokoll als Anlage beigefügt werde.

Der Ausschuss für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung nahm Kenntnis.

Punkt 6: Mitteilungen und Anfragen

Herr Kuhlmann teilte mit, dass der Seniorenbeirat des Landkreises Cuxhaven am 21.09.2004 eine Podiumsdiskussion zum Thema „Ist die Gesundheitsreform krank?“ durchführe. Bei Interesse seien die Abgeordneten herzlichst eingeladen.

Punkt 7: Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen wurden nicht vorgetragen.

Die Vorsitzende schloss um 10.25 Uhr die Sitzung.

Jahns
Kreisrätin

Otremba
Kreisangestellter
als Protokollführer